

Kinder- und jugendpolitisches Leitbild Mehr Aufgaben den Eltern zuweisen

Jugendpolitik ist Sache der Gemeinden und des Kantons. Und die Eltern sind vermehrt einzubeziehen.

Erfreut über den Bericht ist Leo Brücker (CVP), Altdorf, der mit dem Postulat die Erarbeitung des kinder- und jugendpolitischen Leitbildes ausgelöst hatte. Der Regierungsrat habe sich umfassend mit der Situation der Kinder und Jugendlichen in Uri auseinandergesetzt. «Wir haben nun für Kanton und Gemeinden ein geeignetes Instrument zur Verfügung, mit dessen Hilfe wir Schritt um Schritt die Massnahmen umsetzen können.»

Ohne SVP

Am 26. Mai hat der Landrat vom Bericht des Regierungsrates zum kinder- und jugendpolitischen Leitbild für den Kanton Uri Kenntnis genommen und das Postulat von Leo Brücker (CVP), Altdorf, als materiell erledigt abgeschrieben. Das kinder- und jugendpolitische Leitbild wird als wertvolle Grundlage für weitere Diskussionen und Massnahmen gewertet. Mit Ausnahme der SVP haben alle politischen Parteien des Kantons Uri in der Vernehmlassung und in der Behandlung im Landrat dazu Stellung genommen.

Auch Familienpolitik

Kinder- und Jugendpolitik wird allgemein als eine gemeinsame Aufgabe von Kanton und Gemeinden betrachtet. «Integration, Vandalismus oder Littering können nicht von einzelnen Gemeinden gelöst werden», erklärte Urs Dittli (CVP), Schattdorf. «Hier wünscht die CVP vom Regierungsrat klare Zuweisungen und politische Aussagen.» Die CVP will auch, dass die Kinder- und Jugendpolitik mit der Familienpolitik als Einheit in der Kantonsverfassung verankert wird. Auch die Eltern müssten vermehrt eingebunden und in die Verantwortung gezogen werden.

Missverhältnis in der Verantwortung

Gerade die FDP setzt bei der Verantwortung der Eltern den Hebel an. Sie vermisst im Leitbild die Zuweisung von Verantwortung an die Eltern. Markus Holzgang (FDP), Altdorf: «Die Zuweisung der Verantwortlichkeiten erfolgt 60 Mal an die Gemeinden, 50 Mal an die Bildungs- und Kulturdirektion, 30 Mal an den Regierungsrat und je zehn Mal an Vereine, Schulen, Jugendliche und Eltern. Das Verhältnis zwischen Aufgaben der öffentlichen Hand und der Eltern beziehungsweise Erziehungsberechtigten liegt bei 15:1. Aus Sicht der FDP ist das ein Missverhältnis.» Den Eltern und Erziehungsberechtigten sollten explizit mehr Aufgaben zugewiesen werden. «Allerdings scheint auch eine gewisse Ratlosigkeit auf, wie Eltern stärker bei der Erziehung ihrer Kinder und Jugendlichen in die Pflicht genommen werden könnten», erklärte Leo Brücker.

Aktivere Integrationspolitik

Auch für die SP und die Grünen Uri ist Kinder- und Jugendpolitik auch immer Familienpolitik. Sie favorisieren die Schaffung einer neuen Abteilung Familie, Kind und Jugend. Dazu soll die Integration gehören. Kathrin Möhl (SP), Altdorf: «Die Integrationspolitik im Kanton Uri muss aktiver angegangen werden. Dieses Thema beschäftigt die Jugendlichen stark. Es braucht nebst

den angebotenen Deutschkursen gezielte Projekte zur Integration von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Der Kanton muss ein Konzept ausarbeiten, als Initiator auftreten und die verschiedenen Akteure beraten, koordinieren und finanziell unterstützen.» Für die SP und die Grünen sind auch die Gesundheitsförderung und die Prävention sehr wichtige Punkte. Sie befürworten den Aufbau einer Fachstelle. Es sollten Körperübergewicht, übermässiger Alkoholkonsum und die Zunahme psychischer Krankheiten präventiv angegangen werden.

Zum Beispiel die Papiersammlung

Landrat Othmar Arnold (CVP), Bürglen, wurde konkret. Den Kindern und Jugendlichen sollten mehr Aufgaben zugewiesen werden, werde allgemein gewünscht. Als Vision werde Eigenverantwortung und Lernfähigkeit im Leitbild genannt. «Umso mehr überrascht mich, dass der Zweckverband Abfallbewirtschaftung Kanton Uri (Zaku) – gemäss Artikel im UW – die Papiersammlung übernehmen und den Jugendvereinen den Geldhahn zudrehen will. Hier kann man aktive Jugendförderung betreiben. Hier kann man die Jugendlichen in die Verantwortung einbeziehen.»

Erich Herger